

Werner Kunze

Zur Lage der deutschen Wirtschaft nach zwei Jahren Großer Koalition

Wirtschaft im Überblick

Die Moderne ist nach Max Weber das „Zeitalter des okzidentalen Rationalismus“. Mit ihren rationalen ökonomischen Prinzipien ist modernes westliches Wirtschaften somit ein legitimes Kind der Moderne, dessen Erfolgsrezepte inzwischen weltweit nachgeahmt werden. Heute wird die einst heftig diskutierte Frage, ob Politik (Napoleon) oder Wirtschaft (Rathenau) „unser Schicksal ist“, kaum mehr gestellt. Seit der Globalisierung hat die technisch-wirtschaftliche Komponente der Moderne ihre größtmögliche Expansion, aber auch einen Komplexitätsgrad erreicht, der mit keiner Planung, sondern nur noch in den immanenten marktwirtschaftlichen Prinzipien seine Regeln findet. Auch ein Grund dafür, warum die wirtschaftliche Einheit der Welt viel weiter fortgeschritten ist als die politische. Nachdem abgeschottete Märkte in der wirtschaftlich globalisierten Welt praktisch nicht mehr existieren können, ist aber auch der Globus kleiner geworden. Auffallend sind die enorm zugenommenen Abhängigkeiten und die weltweiten Auswirkungen von früher nur lokal oder regional registrierten Ereignissen. Die Zeiten liegen lange zurück, in denen Goethe im Faust schreiben konnte: „Nichts Bessers weiß ich mir an Sonn- und Feiertagen / Als ein Gespräch von Krieg und Kriegsgeschrei/ wenn hinten, weit, in der Türkei, / Die Völker aufeinander-schlagen.“

Heute ist weltweite Interdependenz zum kennzeichnenden Schlagwort der Globalisierung geworden. Gerade bei der Betrachtung einer Exportnation wie Deutschland ist es daher unerlässlich, einen kurzen Blick auf internationale Zusammenhänge zu werfen.

Weltwirtschaft

Der fast erstaunlich übereinstimmende Tenor bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung im Jahr 2008 sieht Anfang 2008 etwa so aus: Es wird eine konjunkturelle Verlangsamung geben, aber keinen alarmierenden Abschwung oder gar eine Rezession. Dies gilt sowohl für die Weltwirtschaft insgesamt als auch für die drei wichtigsten Regionen Asien, Westeuropa und USA. Trotz der erkannten Risiken wie Energiepreise, Dollarschwäche bzw. Eurostärke und US-Immobilienkrise hält die positive Grundstimmung (noch?) an. So schätzt die Deutsche Bank die Rate des weltwirtschaftlichen Wachstum 2008 auf + 4,5 %. Nicht verschwiegen werden darf allerdings, dass sich die skeptischen Stimmen in den ersten Monaten 2008 immer mehr Gehör und Einfluss verschafft haben. Die FED erwartete zwar im November 2007 ein US- Wirtschaftswachstum im Jahr 2008 von nur noch 1,8 % bis 2,5 %, und damit rund 0,5 Prozentpunkte niedriger ein als noch im Juli 2007. Die globale Entwicklung der Weltwirtschaft hat sich aber gerade für Deutschland und Europa insgesamt auch insofern positiv ausgewirkt, als die Auswirkungen eines „Schnupfens“ der US-Wirtschaft wenigstens teilweise ausgeglichen werden können, durch immer noch hohe Wachstums- und Nachfrageraten in den asiatischen Schwellenländern. 75 % des Weltwirtschaftswachstums entfallen allein auf diese Regionen!

Das Klima der Weltwirtschaft hat sich immerhin im 4. Quartal 2007 deutlich abgekühlt. Der im November veröffentlichte Ifo – Weltklimaindex lag im 4. Quartal bei 99 Punkten und damit 14,3 Punkte niedriger als im 3. Quartal 2007: Niedrigster Stand seit 2 Jahren. Mit Ausnahme von Portugal und Frankreich wird die aktuelle Lage in Westeuropa jedoch nach wie vor als positiv bewertet. Die Inflationserwartungen für 2007 belaufen sich laut Ifo-Umfragen: 2,8 % in den USA, 2,1 % in Westeuropa und 2,4 % in Asien.

Europäische Union

Die jüngsten Prognosen für das Wirtschaftswachstum 2008 im Euro-Raum bewegen sich aufgrund der eingetretenen Eintrübungen überwiegend nur noch um +2 %, nach 2,5 bis 2,6 % noch im Juli 2007. Zu den derzeitigen Hauptproblemen zählen bekanntlich die US-Immobilienkrise, genauer gesagt die Ungewissheit über ihr Ausmaß und ihre tatsächlichen konjunkturellen Auswirkungen, und zweitens die Inflationsgefahren, die vor allem durch die gestiegenen Energie-, aber auch Lebensmittelpreise ausgelöst worden sind. Diese Situation stellt die Europäische Zentralbank (EZB) vor schwierige Entscheidungen. Die Inflationsrate in der Eurozone belief sich November 2007 auf 3,1 %, gegenüber 1,9 % im gleichen Vorjahresmonat. Damit wurde der höchste Stand seit 6 Jahren erreicht. Grundsätzlich müsste die EZB mit ihren Geldmarktmitteln intervenieren, sobald 2% überschritten werden. Zu den Grundproblemen der Zentralbanken gehört jedoch das Dilemma, pro Beschäftigung oder pro Inflationsbekämpfung entscheiden zu müssen. Wie es scheint, hat für die amerikanische FED die Konjunktur im Zweifel Vorrang, bei der früheren Deutschen Bundesbank war es zumeist umgekehrt und die europäische EZB macht derzeit den Eindruck, vorsichtig zu lavigieren. Eine Inflationsrate von 3 % und ein Wachstum der Geldmenge im Euroraum um 12 % wären Ende 2007 eigentlich Anlass für eine Zinserhöhung gewesen. Dem stand aber der hohe Außenwert des Euro und der Kreditbedarf der Finanzinstitute infolge der US-Hypothekenkrise entgegen. Daher ließ die EZB den Zinssatz vorerst unverändert.

Noch ein Wort zu diesem unsäglichen US-Immobilien-desaster. Es bietet derzeit ein erstaunliches Lehrbeispiel für die globalen Auswirkungen der angewachsenen finanzpolitischen Verflechtungen. Man muss sich schon wundern und fragen, wie amerikanische Finanzkreise es schaffen konnten, enorme Risiken für Hypothekenkredite im eigenen Land in derart großem Umfang auf den internationalen Finanzmärkten unterzubringen. (Übrigens auch über den Mut oder Leichtsinn der Bauherren, Häuser durch Kredite mit variablen Zinssätzen in erschreckendem Umfang zu finanzieren). Mit der Folge, dass z.B. europäische Banken milliardenschwere Abschreibungsverluste (zu Lasten ihrer Aktionäre und letztlich des Fiskus!) zu verkraften haben und einige sogar selbst in eine Schiefelage geraten sind. Ja, selbst die Weltkonjunktur wird, wie erwähnt, vom weiteren Verlauf dieser Krise in noch nicht übersehbarem Ausmaß in Mitleidenschaft gezogen! Es wird vermutlich einige Jahre dauern, bis das tatsächliche Ausmaß und damit die letztlich notwendigen Wertberichtigungen erfasst werden können. Die Börse hat wie üblich, schneller reagiert. War Dummheit, Geldgier oder Täuschung im Spiel? Die Abschätzung von Kreditrisiken sollte eigentlich zu den elementaren, tagtäglichen Aufgaben von Banken gehören. Wenn die Sächsische Landesbank, die eigentlich für den Aufbau Ost sorgen sollte, mit zweistelligen Milliardenbeträgen gezockt und damit ihre Selbständigkeit verloren hat und die angesehene Schweizer UBS nach einem Gewinn von 7,6 Mrd. Euro im Jahr 2006 infolge der Hypothekenverluste im Geschäftsjahr 2007 einen Verlust ausweist, spricht ein solches Desaster für sich. Die international gehandelten Finanzpapiere, die jetzt viele Finanzinstitute weltweit schwer belasten, sollen übrigens mit AAA bewertet worden sein. Mit welcher Begründung und von wem? Lauter peinliche Fragen.

Deutsche Wirtschaft 2007/2008

Wenn wir uns nun der deutschen Wirtschaft zuwenden, so könnte man die Aussichten für 2008 in Übereinstimmung mit der Mehrzahl der Auguren vielleicht so auf den Punkt bringen: Abgeschwächte Dynamik, aber kein Abschwung zu erwarten. Diese Prognose kann im-

mer noch als recht zuverlässig gelten, solange selbstverständlich keine unvorhersehbaren größeren politischen oder wirtschaftlichen Turbulenzen und Imponderabilien mit negativen Auswirkungen auf die gesamte Weltwirtschaft einen Strich durch die Rechnung machen. Diese zwangsläufige Ceteris paribus-Betrachtung ist im übrigen auch die Ursache dafür, dass der großen Nachfrage nach möglichst verlässlichen Prognosen, nur ein sehr bescheidenes Angebot gegenübersteht. Insgesamt herrscht jedenfalls immer noch eine vorsichtig zuversichtliche Grundstimmung.

Die deutsche Wirtschaft profitiert als Exportweltmeister seit einigen Jahren in Folge mit seinen traditionellen Branchen wie Maschinenbau, Ausrüstungen, Chemie, Automobile von der guten Weltkonjunktur insgesamt und besonders vom dynamischen wirtschaftlichen Aufbau, der in den Schwellenländern, aber auch in Osteuropa und in den OPEC-Ländern stattfindet. Die damit verbundene konjunkturelle Risikostreuung verringert die Abhängigkeit von den USA. Im Jahr 2008 wird China allerdings Deutschland voraussichtlich als Exportweltmeister überholen. Dies zeigt die Dynamik der globalen Entwicklungen und auch die Veränderungen im Machtgefüge der Welt auf.

Immerhin darf nicht übersehen werden, dass die Fachleute noch bis vor November 2007 überwiegend von einer im Kern robusten konjunkturellen Situation und einer wenig veränderten Fortsetzung im Jahr 2008 überzeugt waren. Inzwischen werden die Aussichten aus einer Reihe von Gründen gedämpfter beurteilt. Die Unsicherheiten über die Auswirkungen der hohen Energiepreise und der gestiegenen Inflationsgefahren, über den hohen Eurokurs und die US-Konjunktur sind nicht zu übersehen. Andererseits stehen 2008 in Deutschland Lohnrunden an, die zu erhöhter Kaufkraft führen sollen und können. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) rechnet mit einem durchschnittlichen Lohnzuwachs von 2,5 % und weiteren 2,2% im Jahr 2009. Die Teuerungsrate wird vom DIW für 2008 auf 1,8 % geschätzt. In den letzten beiden Monaten des Jahres 2007 lag sie noch bei 3,0 bzw. 2,8 % und bei 2,2 % im Gesamtjahr 2007. Damit könnte die Binnennachfrage etwaige Exportrückgänge wenigstens tendenziell kompensieren. Dies wird jedenfalls allgemein erwartet. In früheren Jahrzehnten gehörten derartige Entwicklungen zum typischen Konjunkturverlauf: Den angesprungenen Exporten und gestiegenen Investitionen folgte die Binnennachfrage. Die Globalisierung hat diesen Quasi-Automatismus außer Kraft gesetzt. Auf aktuelle sozialpolitische Fragen werde ich noch weiter unten eingehen.

Wie wirkt sich dieses Szenario auf die konkreten Erwartungen für 2008 aus?

Während sich Schätzungen der Forschungsinstitute und der Bundesregierung für das Wirtschaftswachstum 2008 bislang in einem Bereich von etwa + 2,0 % bis + 2,5 % bewegten, sind inzwischen vermehrt Korrekturen auf + 1,8 % (Ifo) und +1,9 % (Institut für Weltwirtschaft) zu beobachten. Nur das DIW bleibt noch bei 2,1 %. Dies sind natürlich noch keinerlei beruhigenden Trendaussagen, da sie ja auch noch innerhalb der üblichen Fehlergrenze derartiger Prognosen liegen. Aus heutiger Sicht besteht für die deutsche Wirtschaft insgesamt auch kein Grund zu Pessimismus. 2008 wird daher aller Voraussicht nach das fünfte Jahr in Folge mit einem Wirtschaftswachstum sein. Nach Angaben der Bundesregierung ist das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2005 um 0,8 % gestiegen, 2006 um 2,9 %, 2007 um 2,5 %. Für 2008 werden noch knapp +2,0 % geschätzt.

Zum wichtigsten Ergebnis des Aufschwunges zählt für die Masse der Menschen die Verringerung der Zahl der Arbeitslosen in den letzten beiden Jahren um gut 1 Million. Die Arbeitslosenquote fiel von 10,1 % im Jahr 2006 auf 8,7 % 2007. Im gleichen Jahr 2007 stieg die Zahl der Erwerbstätigen auf einen seit Jahren nicht mehr erreichten Stand von rund 40 Millionen. Das DIW rechnet auch für 2008 mit einem Rückgang der Arbeitslosenzahl um rund 200.000 auf unter 3,5 Millionen.

Insgesamt betrachtet besteht die Problematik des erfreulichen wirtschaftlichen Aufschwungs darin, dass er bislang weitgehend nur Teilen der Wirtschaft und dem Staat zugute gekommen ist und kaum dem Bürger unmittelbar. 83% von ihnen erklären, vom Aufschwung persönlich nichts zu spüren.

Natürlich sind Gewinne und eine gute Auftragslage entscheidende Voraussetzungen für mehr Beschäftigung. Auch die deutliche Verbesserung der Staatsfinanzen – im Jahr 2007 konnten sich Bund, Länder und Gemeinden an Steuermehreinnahmen von rund 50 Mrd. € + 4,6 % erfreuen – wirkt sich indirekt bei jedem positiv aus. Diese erfolgreiche wirtschaftliche Belebung hat aber erneut und verstärkt die strukturellen Veränderungen der deutschen Wirtschaft offenbart. Erfolge am Arbeitsmarkt und beim Steueraufkommen gründen ganz überwiegend auf unseren Exportstärken. Die Binnennachfrage kann hilfreich sein, wenngleich sie in einer globalisierten Welt nur noch begrenzt in der Lage ist, die Umdrehungen des Konjunkturmotors zu erhöhen oder auch nur aufrecht zu erhalten; von den ohnehin gekürzten staatlichen Investitionen ganz zu schweigen.

Angesichts der Bedeutung von Innovation und Produktivität in den exportnahen Unternehmen wird der entsprechenden Bildung hierzulande immer noch zu wenig Beachtung geschenkt. Vielfach scheint der Chancenverbesserung für Benachteiligte immer noch Vorrang eingeräumt zu werden vor guten und Spitzenleistungen. Dies belegt der zunehmende Fachkräftemangel angesichts von immer noch 3,5 Millionen Arbeitslosen. Selbstverständlich bestehen Bildungsdefizite nicht nur bei Migranten, aber es darf auch nicht verschwiegen werden, dass nur Europa sich eine Zuwanderung von rund 90 % Ungelernten leistet. Ganz im Gegensatz zu den klassischen Einwanderungsländern, in die überwiegend nur Ausgebildete einwandern dürfen. 18 % der Kinder von Einwanderern haben in Deutschland keinen Hauptschulabschluss und 40 % von ihnen sind ohne abgeschlossene Berufsausbildung.

Zwei Jahre Große Koalition und Wirtschaft

Als ich vor zwei Jahren an gleicher Stelle zur Lage der deutschen Wirtschaft geschrieben habe (vgl. Genius-Lesestücke 1/2006), hatte sich die Große Koalition in Berlin gerade konstituiert. Die Wähler hatten entschieden, dass keines der großen politischen Lager allein regieren sollte. Damit verbunden war aber auch die Absicht oder der Wunsch, eine auf eine breite Mehrheit im Bundestag und Bundesrat sich stützende Regierung möge endlich die innerpolitischen Konsequenzen aus der globalisierten Weltwirtschaft ziehen. In diesem kaum einzulösenden Wunschpaket war allerdings auch ein stillschweigender Vorbehalt bei nicht wenigen dahingehend enthalten, dass die zu treffenden Maßnahmen tunlichst „mir nicht wehtun“ dürfen!

Wie sieht die Zwischenbilanz dieser Regierung kurz nach Beginn der zweiten Halbzeit aus? Mit wenigen Strichen ließe sich diese Bilanz etwa so skizzieren: Die Große Koalition hatte Glück. Die positive konjunkturelle Entwicklung, die sie sich selbst nur zu einem bescheidenen Teil anrechnen darf, löste oder erleichterte einige der hartnäckigsten Probleme wie die chronisch defizitären Staatshaushalte oder die Arbeitslosigkeit. Dennoch bleiben großer Zweifel, ob die zahlreichen weiteren strukturellen Reformen noch angepackt werden können. Am 22. November 2007 kommentierte die FAZ: „Die besten Jahre der Großen Koalition sind vorbei, jetzt kommen die bleiernen. Auch für die Kanzlerin.“ Den großen Wurf oder auch nur Ansätze für tragfähige Vorbereitungen auf die sich auftürmenden zukünftigen demografischen Verwerfungen ist die Große Koalition jedenfalls noch schuldig geblieben. Die Erwartungen der deutschen Wähler, die über wenig Erfahrungen mit Großen Koalitionen verfügen, können realistischerweise wohl auch nicht erfüllt werden. Große Koalitionen garantieren eben in der Regel nicht große (und auch noch durchweg gute) Reformen!

Das Motto, das sich die Regierung selbst vorgegeben hatte hieß: Konsolidieren, Reformieren, Investieren. In dieser Abstufung könnte man auch die bisherigen Ergebnisse einordnen. Der entscheidende Pluspunkt liegt, wie gesagt, in der deutlich verbesserten Haushaltslage der öffentlichen Hände. Erstmals seit 1969 weisen Bund, Länder, Kommunen und Sozialkassen zusammengenommen im Jahr 2007 wieder ausgeglichene Haushalte aus. Der Bund selbst musste allerdings trotz der größten Steuererhöhung in der Bundesrepublik (Mehrwertsteuererhöhung um drei Prozentpunkte und Fortfall von steuerlichen Vergünstigungen) noch

14 Mrd. Euro neue Kredite aufnehmen. Der erste ausgeglichene Bundeshaushalt wird erst 2011 erwartet.

Für 2008 plant der Bund Ausgaben in Höhe von 283 Mrd. Euro, + 4 % gegenüber dem Vorjahr. Allein der Bereich „Arbeit und Soziales“ umfasst ein Volumen von nicht weniger als 124 Mrd. Euro, d. h. 44 % des gesamten Bundeshaushaltes.

Während Wirtschaftsunternehmen (und private Haushalte analog) in schwierigen Zeiten in der Regel nur sehr selten in der Lage sind, ihre Probleme durch Preiserhöhungen (bzw. Lohnerhöhungen) am Markt zu lösen, sondern nur durch Rationalisierungsmaßnahmen und Einsparungen, setzen Staaten sehr häufig auf eine gerade umgekehrte Vorgehensweise. So hat der deutsche Staat unverändert kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem. Auch die Große Koalition hat in den vergangenen zwei Jahren nur sehr wenig zur Verringerung der Staatsausgaben oder auch nur zur Entbürokratisierung getan, im Gegenteil. Die Konsolidierung war somit weniger eigenes Verdienst als Ergebnis glücklicher Umstände. In dieser Beziehung unterscheiden sich Wirtschaft und Politik auch nicht allzu sehr: Was am Ende vor allem zählt ist der Erfolg, unabhängig davon, ob und wieviel durch Eigenleistungen oder begünstigende äußere Einflüsse erreicht worden ist. Auch unter diesem Aspekt ist der für die meisten Menschen bedeutsamste Erfolg zu sehen, nämlich die Verringerung der Arbeitslosigkeit und damit auch der Entlastung der Sozialsysteme.

Die Reformbilanz sieht demgegenüber weniger rosig aus. Wichtige Maßnahmen im Sozialbereich hatte die Vorgängerregierung mit der Agenda 2010 auf den Weg gebracht. Die Große Koalition hat u. a. verabschiedet: Eine umstrittene Gesundheitsreform, Familienpolitische Maßnahmen, Verringerung der Unternehmenssteuern, den späteren Rentenbeginn mit 67 Jahren ab 2012. Geplant ist die dringende Reform der Pflegeversicherung und der Erbschaftsteuer. Nicht auf der Agenda steht eine zeitgemäße Neuordnung des Arbeits- und des Steuerrechtes, sowie der Entbürokratisierung.

Und was das Investieren angeht, so sieht das Ergebnis ebenfalls vergleichsweise bescheiden aus. Bildung und Forschung als besonders wichtige Bereiche werden durch Sparzwänge im Haushalt und starke Länderkompetenzen, teilweise auch aus ideologischen Gründen, immer noch nicht angemessen gefördert.

Soweit einige kurze Bemerkungen zur politischen Lage, die bekanntlich auf vielen Gebieten direkt oder indirekt auf die Wirtschaft ausstrahlt. Die aktuelle politische Situation ist durch drei Faktoren belastet: Mehrere Landtagswahlen im Jahr 2008, das gute Ansehen der Bundeskanzlerin, von dem auch die CDU profitiert einerseits und die mäßigen Umfragewerte der SPD andererseits und schließlich die Linkspartei, auf die die SPD glaubt, mit einem ebenfalls wieder stärkeren linken Profil reagieren zu müssen. Dennoch geht eine große Mehrheit der Kommentatoren von einer Fortsetzung der Großen Koalition bis zum Ende der Legislaturperiode 2009 aus.

Die „Gerechtigkeitslücke“

Unkenntnis über die Regeln und Zwänge der Wirtschaft, zumal im globalen Wettbewerb, verführen viele Menschen dazu, allzu schnell die Wirtschaftsabläufe vor allem unter moralischen Aspekten zu betrachten und zu beurteilen. So zählt zu den vieldiskutierten politischen Schlagwörtern in letzter Zeit verstärkt der viel beschworene Begriff „Gerechtigkeit“. Er eignet sich vorzüglich für politische Debatten, weil ihn niemand überzeugend definiert oder definieren kann. Damit soll nicht gesagt sein, dass Wirtschaft nichts mit Ethik zu tun hätte.

Die Lage der deutschen Wirtschaft wird, wie erwähnt, seit einigen Jahren durch Erfolge beim Export und der schleppenden Binnennachfrage als ständige Schwachstelle gekennzeichnet. Die Ursache für die zögerliche Haltung der inländischen Verbraucher liegt sowohl im umfangreichen Angstsparen als vor allem darin begründet, dass die Reallöhne seit 15 Jahren stagnieren oder sogar, z. B. bei 20 Millionen Rentnern, gesunken sind. Für die Rentner sind dies die ersten deutlich spürbaren Vorboten des seit 30 Jahren bewusst eingeschlagenen demografischen Irrweges. So ist es nicht überraschend, dass in der öffentlichen Debatte zu-

nehmend Themen aufgegriffen werden wie Mindestlöhne, Managergehälter und vor allem die Frage immer öfters gestellt wird: „Wer profitiert eigentlich vom Aufschwung?“ Interessierte Kreise wissen, dass sie bei den allzu gern moralisierenden Deutschen mit der von Zeit zu Zeit immer wieder aufgeworfenen „Gerechtigkeitsfrage“ emotional punkten können. Hinzu kommt, dass trotz der deutlich verbesserten Arbeitsmarktsituation derzeit ein gewisser Linkstrend unübersehbar ist. Wenn man Umfragen glauben darf, halten 50 % der Deutschen einen „demokratischen Sozialismus“ für gut und vereinbar, 67 % wünschen sich sogar eine Verstaatlichung der Sektoren: Energie, öffentlicher Verkehr, Bildung, Gesundheit. Immer wieder überrascht die weit verbreitete Unkenntnis über die Möglichkeiten und Fähigkeiten des Staates und die wirtschaftlicher Gegebenheiten. In einer Marktwirtschaft sollte es zu den wichtigsten Aufgaben des Staates gehören, die rechtlichen, sozialen und wettbewerbsfördernden Rahmenbedingungen festzulegen. Dagegen gibt es keinerlei überzeugende Beweise dafür, dass der Staat in der Lage sei, als Betreiber von Wirtschaftsunternehmen effizienter, kostengünstiger oder kundenfreundlicher zu agieren. Dennoch war auch in einem Leitartikel der FAZ vom 13. Dezember 2007 mit dem Titel „Zurück zur DDR?“ zu lesen: „Die Auseinandersetzungen zwischen Freiheit und Sozialismus sind passé. Ein Irrtum.“

Die Reallohndebatte wird, wie in solchen Fällen üblich, vereinfacht geführt. Vor allem vier Aspekte müssten nämlich dabei bedacht werden. Erstens die Wiedervereinigung. Angesichts des wirtschaftlichen Desasters, das der Sozialismus angerichtet hat, hat die leistungsstarke Wirtschaft im Westen es immerhin fertig gebracht, dass die realen Einkommen trotz der gewaltigen Transferzahlungen an den Osten nicht gesunken sind. Zweitens hat der Staat kräftig daran mitgewirkt, dass große Teile der nominalen Lohnerhöhungen durch Steuer- und Abgabenerhöhungen nicht in die Taschen der Bürger geflossen sind. Drittens musste die deutsche Wirtschaft dringend fit gemacht werden für die globalen Herausforderungen. In den letzten Jahren hat diese Politik immerhin zu einem Inflationsvorteil gegenüber dem Durchschnitt der EU-Länder von 5 % geführt. Und viertens wird schließlich zumeist übersehen, dass die Chancen für Produktivitätsfortschritte (Voraussetzungen für reale Lohnerhöhungen) durch Rationalisierung oder Automatisierung in einer Dienstleistungsgesellschaft im allgemeinen wesentlich geringer sind als in der Industrie. In Deutschland ist aber inzwischen nur noch eine Minderheit der Arbeitnehmer in der Industrie beschäftigt. Bei Altenpflegern, Busfahrern oder Lehren gibt es wenig zu rationalisieren. Wie erwähnt, erwarten wir aber im Jahr 2008 in Deutschland harte Tarifauseinandersetzungen, die sehr wahrscheinlich zu realen Einkommensverbesserungen führen werden.

Ausblick

Fassen wir zusammen: Die Nervosität über die weitere konjunkturelle Entwicklung wächst in Wirtschaftskreisen weltweit. Je nach Ausmaß und Auswirkung der heute schon bekannten, belastenden Faktoren lassen sich unterschiedliche Konjunkturszenarien vorstellen. Dennoch erscheint ein weiteres mäßiges Wachstum der europäischen und deutschen Wirtschaft als wahrscheinlichste Variante. Entgegen der Skepsis von Börse und Teilen der Wirtschaft ist die Gelassenheit der Bürger um so erfreulicher, die sich in Deutschland die gute Laune nicht nehmen lassen. Ganz im Gegensatz: Zu den oft kurzarmigen und hektischen Börsengurus sah gegen Ende 2007 eine Mehrheit der Deutschen laut Umfragen dem Jahr 2008 mit mehr Hoffnungen als Befürchtungen entgegen. Wenn es in Deutschland und Europa zu einem Wirtschaftswachstum von rund 2 % kommt, was immer noch realistisch erscheint, wäre dies angesichts des hohen Niveaus des Sozialproduktes ja auch wahrlich keine Kleinigkeit.

Dkfm. Werner Kunze, Friedrichshafen, jahrzehntelang in leitenden Wirtschaftsfunktionen, hat viele Bücher geschrieben, zuletzt „Die blockierte Gesellschaft – die deutsche Jahrhundertkrise und ihre Überwindung, Tübingen 2005, vgl. Genius-Heft 2/2005.